

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 368 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: für diese und monatliche Lieferungen monatlich 1/2 M., vierteljährlich 1/2 M., halbjährlich 1/2 M., jährlich 1/2 M. Durch die Post bezogen monatlich 1/2 M., vierteljährlich 1/2 M., halbjährlich 1/2 M., jährlich 1/2 M. **Anzeigenpreis:** Die Spalte 30 mm breit 1 mm-Spaltbreite 10 ct. Die Spalte 20 mm breit 1 mm-Spaltbreite 8 ct. A. Raum nach Carl. Erklärungen S. 2020. **Morgen-Ausgabe** Sonnabend, 13. August **Geschäftsstelle** Berlin: Bernauer Str. 80, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290. **Elzene Berliner Schriftleitung.** - Verlag u. Druck von Otto Uhle, Halle-Saale

Der Völkerbund hat die Entscheidung!

Das Fiasko des Obersten Rates

Englands überwiegender Einfluß

w. Paris, 12. August.
Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Vormittagssitzung folgende Resolution angenommen:
Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Befestigung dieser Grenze entstanden sind, dem Völkerbundrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht, ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberösterreich wird der Völkerbundrat gebeten, dieses Verlangen als dringend zu bezeichnen.

In der Frage der Aburteilung der Kriegsverbrecher hat der Oberste Rat absondern beschlossen, die Angehörigen der verschiedenen beteiligten Länder zu erforschen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beigewohnt haben, Vorlesungen über die einzuwendende Stellung machen.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittag 11 Uhr festgesetzt. Tagesordnung: Frage der Kantonen.

Englische Pressestimmen

w. London, 12. August.
Der Stillstand in den Pariser Verhandlungen über Oberösterreich und die Abreise Lloyd Georges nach London haben, wie die Blätter melden, bei großen Äußerungen erregt. Die folgende Presse bezieht sich auf die Lage.
„Daily Express“ meldet aus Paris, daß sowohl Lloyd George als auch Briand auf den Vorschlag hätten, die Verhandlung über die militärischen, finanziellen und industriellen Abmachungen Frankreichs mit Polen in Kenntnis zu setzen und erklärt, er könne den Engländern keinen Zoll Danks nachgeben, ohne vorher die französische Kammer gesammelt aufzufassen zu haben.
Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt, am Mittwochabend sahene Briand erste Mitteilung von Seiten des Präsidenten der Republik erhalten zu haben, die dazu führten, daß sich Lloyd George gegenüber der der Erklärung gegenwärtig hat, daß gewisse Punkte der Verhandlung, die von Briand nicht gemacht werden könnten, von Briand nicht gemacht werden könnten. Der Berichterstatter erklärt, es bestehe in Anbetracht dieser Haltung Briands der Verdacht, daß als Ergebnis des Meinungsaustrausches zwischen den Oberhäuptern Frankreichs und Polens vor einigen Monaten gewisse militärische, finanzielle territoriale Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Polen bestehen.
„Daily Express“ schreibt in einem Zeitartikel unter der Überschrift: „Ein Scheitern kommen mit Polen“. Die Lage ist sehr ernst. Frankreich habe ein Abkommen mit Polen geschlossen, das nur als Geheimvertrag begehrt werden könne. Lloyd George habe sich geweigert, an der Erfüllung dieses Abkommens teilzunehmen, wegen der Unmöglichkeit dieses Abkommens zwischen Deutschland und da er überzeugt sei, daß die Folgen davon ein fünfjähriger Krieg in Europa sein werde. In dieser Haltung werde er von der gesamten britischen Nation unterstützt. „Daily Express“ fragt, ob Frankreich bereit sei, die etwaigen Vorteile des polnischen Bündnisses den Vorteilen, die aus dem engen Zusammenhange mit England entstünden, vorzuziehen. Der Stillstand in den Pariser Verhandlungen sei Frankreichs Verstoß und es sei Frankreichs Pflicht ihn zu beheben.

Hardings Einladung zur Washingtoner Konferenz

w. London, 12. August.
„Reuter“ meldet aus Washington, die Einladung zur Washingtoner Konferenz ist an Großbritannien, Frankreich, Japan, China und Indien abgegangen. Der Text der Einladung wurde veröffentlicht. Er enthält den Wunsch, daß die Verhandlungen nicht eile, sagt aber, daß die Verhandlungen zur Gewissheit der ersten Phase unter dem Vorsitz von Harding einzuhalten, wenigstens die anderen Verhandlungen von der Diskussion nicht ausgeschlossen sein sollen.
In der Einladung des Staatsdepartements zur Washingtoner Konferenz heißt es: Die produktive Arbeit wird unter der Leitung der Wirtschaftlichen Kommission zusammengefaßt werden, die die gegenseitigen ungeheuren öffentlichen Ausgaben herabzusetzen werden, und es ist beabsichtigt, nach einer Bestimmung über die soziale Gerechtigkeit oder nach

„Daily Telegraph“ zufolge habe die Nachricht, daß ein Stillstand in den Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich über Oberösterreich entstand, in diplomatischen Kreisen große Überraschung und Niedergeschlagenheit verursacht. Dem Blatte zufolge ist getrennt eine Mitteilung von Seiten Lloyd Georges über die Verhandlungen des Obersten Rates in der oberösterreichischen Frage hier eintrafen. Chamberlain berief darauf einige Kabinettsmitglieder zu einer Konferenz zusammen, in der das Schreiben Lloyd Georges erörtert wurde.

Die „Times“ schreibt über die Verhandlungen, man näherte sich einem Bruch. In ununterbrochenen französischen Briefen wurde man zwei Seiten: Die Gefährdung der Grenze und den Weg eines Ministerwechsels in Frankreich. Das Blatt erklärt, man könne nur hoffen, daß der Geist der Lage die Staatsmänner Großbritanniens und Frankreichs zu einer baldigen Lösung zwingen und der Welt die Gerechtigkeit und Einigkeit der Alliierten erweisen werde.

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Verhandlungen des Obersten Rates seien zusammengebrochen. Es sei vollkommen unmöglich, die widerstreitenden englischen und französischen Standpunkte miteinander zu verbinden. Lloyd George bestehe energisch darauf, daß das gesamte Netz des oberösterreichischen Industriegebietes einschließlich der drei Städte Reuthe, Giesewitz und Hainburg an Deutschland falle und daß er nur zu ganz geringen Zugeständnissen an der Westseite dieses Gebietes bereit sei. Die „Daily Mail“ außerdem aus Paris meldet, werden an leitender Stelle Versuche unternommen, um zu verhindern, daß der Oberste Rat heute auseinandergeht ohne der Lösung der oberösterreichischen Frage nähergekommen zu sein. Gotschacker Daxos hat sein möglichstes um zwischen den englischen und französischen Ansichten eine Verständigung zustande zu bringen. Infolge der Kompromißversuche des amerikanischen Vorkämpfers und auch des italienischen Ministerpräsidenten sei gestern Abend die Stimmung in Paris etwas optimistischer geworden.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Herald“ erklärt von maßgebender Seite, daß der Brief des Valera nichts enthalten habe, was die plübeiliche Abreise Lloyd Georges aus Paris rechtfertigt. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die irischen Verhandlungen in Gefahr seien, abgebrochen zu werden.

„Ceuvre“ schreibt: Obwohl Lloyd George, Lord Curzon und die führenden Außenverwalter, die beauftragt seien, wenn es noch möglich sei, das oberösterreichische Problem zu lösen, in Paris zurückblieben, könne keine Aenderung nicht werden, wie ein Bruch der alliierten Verhandlungen, je vielmehr als Bruch der Grenze bedeutet zu werden. Das Blatt sagt, das gestrige Mittagessen in Rambouillet sei sehr verlaufen. Bei einem Spaziergang habe Millaud und Lloyd George sein Verdauern über die Lage ausgedrückt. Lloyd George sagte: Ich bin in einem Dilemma bereit, aber Briand weigert sich, worauf Briand sagte: Ich gehe in dem Dilemma nach Entgegenkommen so weit, wie es mir die öffentliche Meinung meines Landes und die Welt, um die Sicherheit gestatten. Bei der Rückkehr von Rambouillet stand überhaupt nicht im Eindruck, daß der französisch-englische Konflikt unvermeidlich sei. Ein Mitglied der französischen Delegation erklärte einem Debateur des „Ceuvre“: Ich erlaube keinen Hoffnungsstimmchen am Ende des Weges.

Auch die Konferenz der Finanzminister erfolglos

Paris, 12. August.
Das „Echo de Paris“ erklärt, daß auch im Laufe der gestrigen Nachmittagsitzung keine Erfolge erzielt wurden, weder in der Frage der Veranschlagung der Kosten über die belgischen Schulden, noch über die Preise für die auf dem Getreide bedarfende Kohle, noch über das Abkommen Konventionen, welches der Konferenz vorlag.

einer Sicherung des Friedens zu suchen, so lange die ungeheuren unproduktiven Ausgaben diese Bemühungen ihres wünschenden Erfolges berauben und die Aussicht auf Fortschritt zum Scheitern machen. Die ungeheuren Ausgaben beim Weltkriege bilden offensichtlich den größeren Teil des Deutdes, der auf den Unternehmungen und dem nationalen Wohlstand laftet. Die vermeintlichen und überhöhtigen Ausgaben dieser Art sind nicht nur wirtschaftlich unterbrechend, sondern sie bilden eher eine handliche Bedrohung des Weltfriedens als seine Sicherung. An dessen wäre es wohl unbedeutend, ein Einhalten in diesen wachsenden Ausgaben zu erwarten, wenn nicht die am meisten betroffenen Mächte eine beschränkte Grundlage finden für ein dahingehendes Abkommen. Die Erklärung führt fort: Es ist ganz klar, daß es keine endgültige Sicherung des Friedens in der Welt geben kann, wenn der Wunsch nach Frieden fehlt und der Ausblick auf eine Einschränkung der Rüstungen ist nicht hoffnungsvoll, wenn dieser Wunsch keinen Ausdruck findet in dem praktischen Verhalten in den Jahren der Herstellung der Weltfrieden und den Grund zu einer Verständigung über die Grundzüge und deren Annahme zu suchen. Es ist der erste Wunsch

der amerikanischen Regierung, daß es durch den Austausch der Ansichten auf der Konferenz möglich sein möchte, eine Lösung betreffend den Stillen Ozean und die Fragen des fernem Ostens zu finden, die augenblicklich von unbestreitbarer Wichtigkeit sind, nämlich eine gemeinsame Verständigung über die Gegenwart, die von internationaler Bedeutung waren und es noch sind, da sie dazu dienen können, die dauernde Freundschaft unter den Völkern zu fördern.

Der Weser-Main-Kanal

Von Synthesis Dr. Baumgardt, Wülshausen (Thür.).
Der Übertrag der Wassertragen auf das Reich und die Münchener Ausstellung für Wassertragen und Energie-wirtschaft haben ein starkes Interesse der Öffentlichkeit an allen Kanalfragen wiederum geweckt. Das ist umlomehr ermutlich, als uns auf dem Gebiet der Kolonisation für lange Zeit ja jede Betätigung außerhalb unserer Grenzen verlagt ist, und wir daher werden sehen müssen, den weiteren Ausbau auf landwirtschaftlich und wirtschaftlichem Gebiet im Innlande vorzunehmen. Bayern, das in großartiger Weise diese Förderung des Landes erkannte, ist mit kühn entworfenen Projekten, wohlüberlegten Plänen und starker Tatkraft darangehen, diese noch vor kurzem lediglich Wünsche darstellenden Fragen der Wasserwirtschaft zur Tat werden zu lassen.

Bei diesen Kanal der Entwicklung ist es notwendig, daß auch wir in unserer Heimat hier immer auf neue mit allem Nachdruck unsere Förderung eines Weser-Main-Kanals erheben, und daß wir nicht müde werden, sie gegen andere Projekte, die örtlichen und egoistischen Gründen großer Städte entspringen, zu verteidigen. Diese stets nachdrückliche Erhebung unserer gerechten Forderungen ist gerade heute nötiger denn je, denn schon bricht der Staat in seinem Paragrafen a mit Eisenach unser Projekt einer Werra-Rhine, und innerhalb der nächsten zwei Jahre fällt die Entscheidung für oder wider. Da gilt es gerüstet zu sein gegen alle Widerläufer und alle Kräfte zusammenzufassen. Die Wasserstragenverbinding Weser-Main wird also über kurz oder lang kommen, und sie ist gerade — es ist wichtig, dies immer erneut zu betonen, — für unser Gebiet lebensnotwendig. Die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten weiteren und engeren Werragebietes, Thüringens und Bayerns verlangt nach der Schaffung von Verkehrswegen, welche billig, bequem und großartig angelegt sind. Die Eisenbahn ist keineswegs mehr in der Lage, die geforderten Anforderungen eines nunmehr aus den Fesseln der Kriegswirtschaft befreiten Handels, einer nach neuen Absatzgebieten suchenden Industrie, kurz, den Bedingungen des heutigen Güterverkehrs gerecht zu werden. Es liegt das einmal an dem Mangel an Rollen, an dem starken Waggonenmangel, den der Krieg mit sich brachte, und für den nur geringe Neuanfassungen wegen der außerhöchsten gelegenen Kosten vorgenommen werden können, und es liegt das nicht zuletzt an den immer höher werdenden Frachten der Eisenbahn, welche bei weiteren Steigerungen geradezu Erwerbszweige, die auf eine Verendung ihrer Güter per Wähe auf lange Strecken angewiesen sind, bis zur Konkurrenzunfähigkeit freiben müssen. Dagegen wird der Veranlassung — wie eingehende Untersuchungen ergeben haben — sich um 20-30 Prozent billiger stellen.

Daß für eine Wasserstragenverbinding nach allgemeinen technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten lediglich die Kanallinie Werra-Rhine in Betracht kommen kann, darf heute schon als selbstverständlich und technisch erwiesen gelten. Doch sie für uns die einzige ist, welche überhaupt die Verbindung Weser-Main herstellen darf, ist jedem einzelnen klar. Aber ganz abgesehen von irgendwelchen örtlichen Wirkungen verdient die in der Welt aus allgemeinen Überlegungen heraus. Denn sie ist die einzige, welche aus geradem und kürzestem Wege dazu geeignet ist, die Nordsee mit der Donau und darüber hinaus mit dem Schwarzem Meer zu verbinden, welche eine Einbeziehung Thüringens und darüber hinaus eine solche des gesamten Saalegebietes, sowie weiterhin damit eine Verbindung mit dem Oden Deutschlands eröffnet. So hat sie den Wert unüberwundener Auswirkung und somit die Wichtigkeit allgemeiner Geltung.

Ihr Wert für unser Gebiet liegt weiterhin auf der Hand. Der Ausbau wird gestatten, daß einmal wirklich produktive Erwerbszweige für die Gegend getrieben wird, denn in dem Augenblick, in welchem der Bau der Werra-Rhine beginnt, wird es nicht nur keine Erwerbszweige, sondern geradezu einen Überfluß an Arbeit geben. Nach ihrer Fertigstellung kommt sie jedoch nicht etwa irgendwelchen einzelnen Kreisen der Bevölkerung oder irgendwelchen einzelnen Industriezweigen zugute, denn es ist ihr aber selbstverständlich, daß die Veranschlagung von Verkehrsströmen weiteste Vorteile für alle in der Wähe und bei dieser Verkehrsströmen Antizipation hat. Und es ist ja

